

**1991 – 1999**



**hessen »** Hier ist die Zukunft

**1999 – 2004**



**Koch regiert...**

**hessen «**  
Hier war die Zukunft

---

# **Landespolitischer Bericht**

der Landtagsabgeordneten

**Nancy Faeser**

**Mai 2004**

# **Die aktuelle Lage in Hessen**

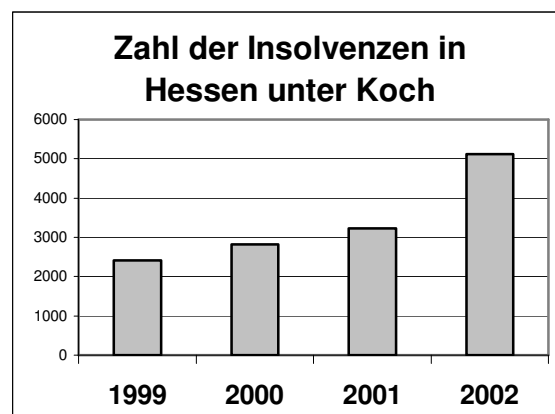
## Hessen hat die schlechteste Landesregierung Deutschlands

Roland Koch und die CDU sind eine Katastrophe für Hessen. Die Wirtschaftskraft sinkt, die Arbeitslosigkeit steigt, der soziale Friede wird zerstört, Bildung abgebaut, die Schullandschaft in die 50er Jahre zurückentwickelt.

Nach nur einem Jahr CDU-Alleinregierung unter Roland Koch ist Hessen im Sturzflug unter den Bundesländern. Unter der Verantwortung dieser Regierung hat unser Bundesland Hessen einen beispiellosen Abstieg erlitten. Im innerdeutschen Ranking ist Hessen bei fast allen wichtigen Indikatoren dramatisch abgerutscht.

### Hessen steigt ab

- Absturz ins Mittelmaß unter den Regionen Europas statt Spitzenposition,
- steigende Arbeitslosigkeit statt mehr Beschäftigung,
- Jugendarbeitslosigkeit statt Ausbildungsplätze,
- gestalterisches Unvermögen statt Förderung des Ballungsraums,
- Schwächung des ländlichen Raumes statt notwendiger Stärkung.

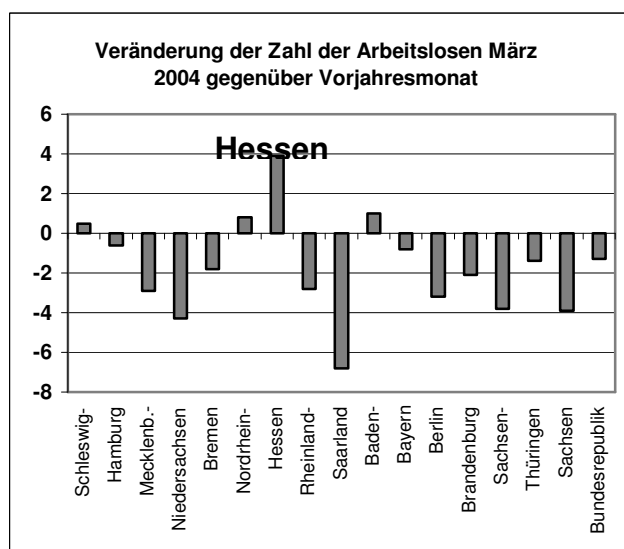


### Steigende Arbeitslosenzahlen – vor allem in Hessen

Hessen ist in der Verantwortung von Roland Koch seit August 2003 konstant Schlusslicht bei der Arbeitsmarktentwicklung. In keinem anderen Bundesland entwickelt sich der Arbeitsmarkt so schlecht wie in Hessen.

So sind aktuell in Hessen die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum April 2003 um 3,9 % gestiegen, während bundesweit die Arbeitslosigkeit um 1,3 Prozent abgenommen hat. Damit setzt sich der Trend, dass Hessen im Bundesvergleich den höchsten Zuwachs an Arbeitslosigkeit zu verzeichnen hat, weiter fort.

Aber nicht nur die Arbeitslosenzahl ist ein Indikator für gelungene oder misslungene Wirtschaftspolitik, sondern auch die Zahl der Erwerbstätigen. Hier rutschte Hessen am Ende des Jahres 2003 auf den zwölften Platz innerhalb der Länder ab. In 2002 lag Hessen noch auf Rang fünf.



## **Steigende Jugendarbeitslosigkeit und miserable Lehrstellenbilanz**

Hessen ist das einzige Bundesland, in dem die Arbeitslosigkeit von jungen Menschen unter 20 Jahren wie der jungen Erwachsenen zwischen 21 und 25 Jahren nach wie vor ansteigt. Dazu passt die Situation auf dem Ausbildungsmarkt, auch die ist in Hessen besonders schlecht. Der Widerstand gegen ein - wie in der Baubranche – so erfolgreiches Modell wie die Ausbildungsplatzumlage ist unter diesen Bedingungen zynisch.

## **Nur Nordschottland steht kurz hinter Hessen – aber nicht mehr lange....**

Hauptursache hierfür ist die nachhaltige Schwächung unserer zentralen Wirtschaftsregion: Das Rhein-Main-Gebiet ist im Vergleich der europäischen Spitzenregionen von Platz drei auf Platz 12 abgerutscht. Vor acht Jahren spielten wir in einer Liga mit Paris und London - heute stehen wir gerade noch einen Platz vor der Region Nordostschottland, die sich anschickt - so die Statistik - uns in diesem Jahr zu überholen.

## **Verfassungsbruch und Schuldenrekord**

Schuldenrekorde und Verfassungsbruch kennzeichnen die Regierung Koch. Noch im Jahre 2003, als bereits im September die „Operation düstere Zukunft“ verkündet war, lag Hessen in der Spitzengruppe der Ausgabensteigerungen. Die allein von 2002 auf 2003 erfolgte Steigerung der Verschuldung um 9 % kommt einer Bankrotterklärung gleich. Von Sparsamkeit und Haushaltskonsolidierung keine Spur.

Gleichzeitig wurden in Hessen Steuerhinterzieher geschont, die Beträge in Millionenhöhe am deutschen Finanzamt vorbei ins Ausland gebracht und dort angelegt haben. Der von der SPD initiierte Untersuchungsausschuss wird nachweisen, dass es eine jahrelange systematische Nichtverfolgung von Steuerstraftätern unter Koch und Weimar gegeben hat.

## Operation düstere Zukunft – der ideologische Rotstift

### Sparen ja, aber nicht brutalst möglich !

Fehleinschätzungen, Ignoranz der besorgniserregenden Lage und mangelnde Gestaltungskraft bestimmen seit Amtsantritt von Ministerpräsident Koch die Finanzpolitik der Hessen-CDU. Jetzt versucht Koch mit einem brutalst möglichen Sparpaket die katastrophale Bilanz der seiner Regierung zu vertuschen:



Die höchste Neuverschuldung (2 Milliarden Euro 2002), der höchste Schuldenberg (30 Milliarden Euro), die geringste Investitionsquote (deutlich unter 10 Prozent), sind die Ergebnisse der Koch-Regierung, und größte Negativrekorde, die Hessen je zu verzeichnen hatte.

Trotz der enormen Neuverschuldung hat Koch wichtig Wahlversprechen nicht eingehalten.

So wurden mehr Lehrer und Polizisten versprochen, aber es wird weniger Lehrer und Polizisten geben. Es wurde mehr Landesstraßenbau versprochen, aber es wird weniger Straßenbau geben. Dem Ministerpräsidenten ist der Vorwurf zu machen, dass er alle diese Versprechen trotz der absehbaren finanziellen Situation abgegeben hat. Diese Versprechen hat er nun gebrochen. Die bundespolitische Profilierungssucht des Ministerpräsidenten gepaart mit einem offensichtlich wenig kompetenten und handlungsunfähigen Finanzminister hat unserem Land Hessen stark geschadet.

Statt wie von der SPD Fraktion seit Jahren gefordert, endlich einen wohldurchdachten nachhaltigen Haushalt vorzulegen legte Koch einen Panikhaushalt vor, in dem er es sich denkbar einfach macht. Bei den freiwilligen Leistungen des Landes werde pauschal 33 Prozent eingespart. Der geplante Verkauf von Landesvermögen ist eine Rechnung mit vielen Unbekannten und wird nicht die angekündigten Einsparungen erbringen.

Es ist unstrittig, dass im Personalbereich gespart werden muss, aber nicht auf diese brutale Art und Weise. Während moderne Unternehmen mit ihren Beschäftigten intelligente Lösungen gemeinsam finden, verordnet Roland Koch obrigkeitlich Mehrarbeit und Gehaltskürzung. Beides zusammen genommen führt zu einer untragbaren Belastung für die Bediensteten des Landes Hessen. Mehrarbeit ist sicher besser zu verkraften als Gehaltskürzungen. Für viele Bedienstete ist das Weihnachtsgeld fest eingeplant für Versicherungsleistungen oder ähnliches. Die Einlösung von Wahlversprechen aus der letzten Legislaturperiode gehen nun zu Lasten der Landesbediensteten. Mehr haben die Minister und ihre Berater nicht zu bieten.

Ich vermisse echte Sparkonzepte die mittel- und langfristig zum Tragen kommen. Ein Beispiel wäre die längst überfällige Regionalreform, die großes Sparpotenzial bietet. Ich Sorge mich besonders um die freiwilligen Leistungen des Landes Hessen.

**Im Main-Taunus-Kreis sehe ich viele soziale Einrichtungen vor dem Aus.  
Hier einige Beispiele der Kürzungen:**

- Schuldnerberatung "Selbsthilfe im Taunus e.V" Hofheim - von 74.137 € auf 0
- Caritasverband MTK von 14.058 € auf 12.652 €
- Frauenhaus Hofheim von 90.000 € auf 87.400 €
- Ökumenische Wohnhilfe im Taunus (Hofheim) von 6.000 € auf 0
- Caritas Verband - Modellprojekt "Sozialbüro Hofheim und Eschborn" von 14.300 € auf 0
- AWO Ortsverein Eschborn von 18.349 € auf 0
- Kreisausschuss des MTK - soziale Gruppenarbeit von 7.285,50 € auf 0
- Caritas Verband MTK - (Eltern und Erziehungsberatungsstelle) - von 46.105 auf 0
- Kreisausschuss - Eltern und Erziehungsberatung von 38.111 € auf 0
- Kath. Familienbildungsstätte MTK - 7.500 € auf 0
- Jugendamt MTK - Jugendberufshilfe von 51.130 € auf 0
- SIT e.V. Selbsthilfe im Taunus Hofheim – Arbeits- und Wohnprojekte von 180.000 € auf 120.000 €
- Jugendberatung und Jugendhilfe Frankfurt - Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe MTK - von 150.000 € auf 125.000 €
- Jugendberatung und Jugendhilfe Frankfurt - Aufsuchende Drogenarbeit Hofheim von 28.000 € auf 0
- Diakonisches Werk in Schwalbach von 27.482 € auf 0
- Verband der Heimkehrer - Sitz Hofheim von 5.300 € auf 3.500 €
- Stadt Hattersheim - Erwerb von Medienkompetenz für Jugendliche - von 4.900 € auf 0
- Psychiatrischer Dienst des DRK Flörsheim von 18839 € auf 0

Es sind aber nicht nur soziale Einrichtungen sondern auch beispielsweise der Öffentliche Personennahverkehr auf Zuschüsse des Landes angewiesen.

Kochs Sparprogramm mit dem irreführenden Namen „Operation sichere Zukunft“ wird für viele das Ende ihrer sicheren Zukunft bedeuten. Der Mittelstand in Hessen wurde enorm gestärkt durch das Stadterneuerungsprogramm, was voraussichtlich ebenso dem Rotstift zum Opfer fallen wird wie einige Betreuungseinrichtungen, auf die Familien und Alleinerziehende dringend angewiesen sind.

Ministerpräsident Koch soll aufhören Hessen als bundespolitischen Spielball zu benutzen, endlich seine Hausaufgaben machen und einen qualifizierten Haushaltsplan vorlegen.

Mit der Operation „Düstere Zukunft“ wird die vorbildliche, über Jahrzehnte aufgebaute soziale Infrastruktur Hessens massiv beschädigt, in manchen Bereichen völlig zerstört.

**Für Hessen bedeutet das:**

- Abbau von Rechten der Frauenbeauftragten statt fortschrittlicher Gleichberechtigungspolitik,
- Luxusmobiliar für die Staatskanzlei statt Unterstützung für Frauenhäuser und Schuldnerberatung,
- Förderung von Pferderennen statt Hilfen für Obdachlose und soziale Brennpunkte,
- mehr Geld für Vertriebenenfunktionäre statt Betreuung von Aussiedlerkindern und Jugendlichen in Wohnsiedlungen,
- Erhöhung der Mittel für Bewirtung der Minister statt Zuschuss für Gehörlosenverband,
- PR-Aktionen statt Erziehungs- und Familienberatung,

Beispiel **Frauenhäuser**: Massive Kürzungen bei den Zuschüssen für Frauenhäuser führen in manchen Bereichen des Landes dazu, dass es nun überhaupt kein Angebot mehr für Frauen gibt, die nicht in ihrer Wohnung bleiben können. Eine Telefon-Hotline als Hilfsangebot anzugeben, ist verachtend.

Über **Gleichberechtigung** von Frauen wird von der CDU in Sonntagsreden gerne gesprochen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Mit den im Rahmen der "Operation düstere Zukunft" eingetretenen Änderungen beim Personalvertretungsrecht sind die Rechte der Frauenbeauftragten massiv beschnitten worden.

Beispiel **Migranten**: Die Unterstützung der Heimatvertriebenenverbände ist für die CDU wichtiger als die Betreuung von Aussiedlerkindern und Jugendlichen in Wohnsiedlungen. Während die meisten Betreuungsangebote überhaupt keine Förderung mehr bekommen, können sich die Landsmannschaften über ungekürzte Zuschüsse freuen. Die Kinder und Jugendlichen, die auf Unterstützung bei der Integration angewiesen sind, haben bei der CDU keine Lobby!

**Sozialpolitik findet in Hessen nicht mehr statt !**

**Sozialpolitik ist mehr als „Versorgung Bedürftiger“. Sie ist der Bereich der Politik, der den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt dauerhaft sichert. Mit der Politik der Regierung Koch werden die Grundlagen für ein friedliches und vernünftiges Zusammenleben nachhaltig beschädigt. Die Folgen werden wir schon bald spüren, in sinkender Wirtschaftskraft, weil Investitionen Vertrauen voraussetzen, in steigender Kriminalität, in einem Anstieg der Suchterkrankungen und in vielen anderen Bereichen.**

## **Bildungspolitik:**

### **Die Bildungspolitik ist auf dem Weg in die fünfziger Jahre**

Die hessischen Schulen leiden unter den fatalen Auswirkungen der CDU Politik: Statt mehr Unterricht anzubieten, werden Stellen abgebaut. Mehr Lehrer sollten kommen. Die Wahrheit ist: schon in 2004 werden über 1.000 Lehrerstellen gestrichen. Die Unterrichtsverpflichtung wird erhöht und damit die Arbeitszeit bei gleichzeitiger Gehaltskürzung.

Und der Unterrichtsausfall steigt weiter an! Denn für Lehrkräfte, die im Vertretungsfall einspringen können, ist bald kein Geld mehr da. Durch die Kürzungen bei den Lernmitteln um über 3 Mio. € ist Hessen wieder auf den Stand von 1997 zurückgefallen. 15 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es noch Schulatlantanten mit der DDR.

Während das Versprechen Unterrichtsgarantie ständig gebrochen wurde, wurde zugleich ein ideologischer Feldzug gegen alle Errungenschaften der hessischen Schulpolitik gestartet:

- ein Eliteinternat im Rheingau und Kürzungen für alle „normalen“, aber höchst erfolgreichen Modellschulen.
- immer stärker Auslese statt Integration und gemeinsamen Lernen
- dadurch immer mehr Bildungsbarrieren statt Öffnung von Bildungschancen
- Bildung wird in Hessen immer mehr und nicht weniger von der sozialen Stellung der Eltern abhängig

### **Das von der CDU Landesregierung vorgelegte Schulgesetzreform ist ein Generalangriff auf die Schulvielfalt in Hessen und auf wohnortnahe Bildungsmöglichkeiten.**

Im neuen Entwurf des hessischen Schulgesetzes wird festgelegt, dass die Schulen eine Mindestzahl an Zügen, das heißt Parallelklassen, haben müssen. Die Mindestjahrgangsbreite in den gymnasialen Oberstufen wird auf 60 Schüler/innen festgelegt, neue gymnasiale Oberstufen dürfen nur eingerichtet werden wenn sie die Mindestzahl an 80 Schülerinnen und Schülern erreichen. Dazu kommt eine Änderung die Schulformbezogene Eingangsklassen mit gleichzeitiger Förderstufe verbieten.

Die Folge dieser Politik wäre eine dramatische Ausdünnung der Schulen insbesondere in den ländlicheren Regionen Hessens. Kleinere Schulen werden geschlossen und die kooperativen Gesamtschulen sind in ihrer Existenz erheblich bedroht obwohl gerade sie in den ländlichen Regionen die Einrichtung ausreichender gymnasialer Angebote garantieren.

Mit dieser Reform bekommen wir in Hessen „bayrischen“ Verhältnisse in welchen nur Kinder aus Ballungsräumen gute Bildungschancen erhalten.

Die von der CDU Regierung geplante Schulzeitverkürzung in der gymnasialen Mittelstufe auf die Klassen 5 bis 9 ist ein weiterer Schritt in die falsche Richtung. Haben die CDU Entscheidungsträger aus der PISA Studie nichts gelernt?

In der PISA Studie sind Schulsysteme mit größerer Durchlässigkeit zwischen den einzelnen Bildungswegen und individueller Förderung am erfolgreichsten. Die Schulgesetzreform der CDU erschwert die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Schulformen aber erheblich.

Der Wechsel von der Realschule auf das Gymnasium wird durch die, aus der verkürzten gymnasialen Mittelstufe resultierenden, nicht mehr kompatiblen Lehrpläne blockiert. Die Quote der Abiturienten wird sinken, die der Bildungsverlierer steigen. Den Kindern und Jugendlichen werden durch die Verdichtung des Unterrichts im Alter zwischen 11 und 15 Jahren bis zu 36 Wochenstunden zugemutet. Das ist nahezu eine volle Arbeitswoche eines Erwachsenen und das in einem Alter in dem Jugendliche stark mit ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung beschäftigt sind. Die SPD setzt in ihrer Bildungsagenda auf grundlegende Reform des Bildungssystems.

Mit Schwerpunkten wie vorschulische Förderung und Bildung, individuellere Betreuung in den Grundschulen und eine spätere Selektion in die verschiedenen Schulformen vereint die SPD Bildungsagenda viele Resultate der PISA Studien. Eingebettet in eine grundlegende Schulreform wäre eine verkürzte Schulzeit mit einem Abitur nach 12 Jahren durchaus möglich.

Im Main-Taunus-Kreis könnte die Friedrich-Ebert-Schule in Schwalbach von dieser Neuregelung betroffen sein.

### **Richtlinien für Ganztagschulprogramm fehlen immer noch**

Die hessische Landesregierung und vor allem Kultusministerin Karin Wolff schaden den Schulträgern, wenn sie weiterhin untätig bleiben und die nötigen Richtlinien für die Beantragung der Bundesmillionen für den Ausbau von Ganztagschulen nicht in Kraft setzen.

Wolff (CDU) hat zwar in der Zwischenzeit einen ersten Entwurf der Richtlinie vorgelegt, ob und wann diese jedoch tatsächlich rechtlich verbindlich werde, ist offen. Andere Länder hätten bereits im Frühjahr alle notwendigen Voraussetzungen für eine Beantragung der Mittel durch die Schulträger geschaffen. Dieses fordern wir nun auch von der Hessischen Landesregierung.

Nachdem nach längerer Blockade durch die CDU-geführten Länder die Verwaltungsvereinbarung für das Ganztagschul-Programm des Bundes „Zukunft Bildung und Betreuung“ mit einem Finanzvolumen von 4 Milliarden € im Mai letzten Jahres verabschiedet werden konnte, fehle bis heute die Umsetzung aus dem Hessischen Kultusministerium. Für hessische Schulen stehen aus diesem Etat 278 Mio. € zum Auf- und Ausbau von Ganztagschulen in fünf Jahren zur Verfügung. Auch im Main-Taunus-Kreis erwarteten zahlreiche Schulen finanzielle Unterstützung aus diesem Programm in Millionenhöhe, um Baumaßnahmen und Modernisierungen durchführen zu können.

Ich erwarte für die Schulen in unserem Schulamtsbezirk aus dem Bundesprogramm rund 19.260 Mio. € in den nächsten Jahren. Die genaue Summe lässt sich im

Moment noch nicht darstellen, weil die Landesregierung ihre Hausaufgaben noch nicht gemacht hat

Dieses Geld könne deshalb auch nach heutigem Stand nicht abgerufen werden, da die Kriterien der Bezuschussung bisher nicht verbindlich geregelt seien. Für die Schulen und die Schulträger sei es jedoch äußerst wichtig, Planungssicherheit darüber zu erlangen, welche finanziellen Zuschüsse für Investitionen zur Verfügung stehen für den Ausbau von Ganztagschulen.

Ganztagschulen sollten nicht nur an einzelnen Nachmittagen Betreuungsangebote machen, sondern mit pädagogischen Konzepten attraktive zusätzliche Förderung für möglichst viele Schüler bieten. Darüber hinaus kritisiere ich, dass Ministerin Wolff plant, den vom Bund geforderten zusätzlichen 10%igen Länderanteil für das Ganztagsprogramm an den Investitionskosten auf die Schulträger abzuwälzen.

Die Bildungspolitik ist eine originäre Landesaufgabe, deshalb darf dieser Anteil nicht vom Land auf die Kommunen abgedrückt werden, sondern muss im Landeshaushalt zusätzlich eingestellt werden.

## **Hessen – Land des Staatsmobbing**

Noch niemals in der Geschichte unseres Bundeslandes betrieb eine Landesregierung mit solcher Rücksichtslosigkeit Personalpolitik. Die Einrichtung der Personalvermittlungsstelle, für die es keinerlei rechtliche Grundlage gibt, ist nichts anderes als gigantisches Mobbing von fast 8.000 Beschäftigten im Landesdienst.

Im Rahmen des so genannten "Zukunftssicherungsgesetzes" hat die Landesregierung beschlossen, bis zum Ende der Wahlperiode 2008 insgesamt 9.701 Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. Diese geplanten Stellenstreichungen sind zum großen Teil das Ergebnis einer falschen Ausgabenpolitik des Landes. Dies wird nun auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen.

Diese 9.701 Mitarbeiter müssen bis 31. März 2004 in eine so genannte Personalvermittlungsstelle gemeldet werden. Diese ist beim Finanzminister angesiedelt und entscheidet über die weitere Verwendung der Mitarbeiter. Insbesondere die Stigmatisierung der Mitarbeiter durch personenbezogene Vermerke als künftig wegfallend, führt bei vielen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu einer großen Verärgerung. Dies ist Personalpolitik nach Gutsherrenart. Dies entspricht keiner modernen Personalpolitik und wird von vielen als Mobbing angesehen

Alleine die Meldung von 1.000 Polizeibeschäftigten wird eine regelrechte Lähmung der betroffenen Dienststellen bewirken. Was wir aber gerade in Zeiten knapper Mittel - brauchen, sind engagierte und motivierte Mitarbeiter im öffentlichen Dienst.

Der als "Verwaltungsreform" getarnte Kahlschlag der hessischen Behördenstruktur tut ein Übriges. Die Schließung von Behörden und Zusammenlegung von Strukturen ist alles andere als "bürgernah" und "regional ausgewogen". Durch massive Zentralisierung von Flächenverwaltungen wird Bürgernähe zunichte gemacht.

## Innere Sicherheit

### Wenn die CDU regiert, dann steigt die Kriminalität

Die Gesamtzahl der Straftaten in Hessen ist in den letzten zwei Jahren nahezu um 11 Prozent gestiegen und liegt somit auf dem höchsten Stand seit 1997. Angesichts dieser Entwicklung ist es unverantwortlich in allen Bereichen der Justiz Stellen abzubauen

Laut CDU Plänen werden 8 Prozent der Richterstellen, 7,4 Prozent der nichtrichterlichen Stellen und 1000 Stellen bei der Polizei gestrichen.

Mehr Straftaten – weniger Polizisten, Richter und Staatsanwälte, das ist eine Rechnung die so nicht aufgehen kann. Ministerpräsident Koch der die Innere Sicherheit im Wahlkampf zu einem seiner wichtigsten Anliegen erklärt hatte, wird so zum wiederholten Male wortbrüchig.

Die verordnete Arbeitszeitverlängerung auf 42 Stunden, gekürztes Urlaubs- und Weihnachtsgeld und der Wegfall von 1000 Stellen führen bei der Polizei zu massiver Frustration und Verärgerung. Schon jetzt kommt es auf den Dienststellen immer wieder zu einer Anhäufung von Überstunden, was am Beispiel Frankfurt deutlich wird. Hier hat jeder Polizeibeamte über 200 Überstunden.

Im Main-Taunus-Kreis stehen vermutlich Schließungen und Zusammenlegungen von Polizeidienststellen an.

Weniger Polizeibeamte bedeutet weniger Streifen, weniger Polizei vor Ort und somit weniger effektive Verbrechensbekämpfung.

Eine gut ausgebildete und hoch motivierte Polizei ist das höchste Gut gegen die steigende Kriminalität. Der von Ministerpräsident Koch eingeschlagene Weg des freiwilligen Polizeidienstes geht in die völlig falsche Richtung.

Um die Sicherheit der Hessischen Bevölkerung wenigstens annähernd zu gewährleisten versucht Koch die Verantwortung auf andere abzuschieben. Ein freiwilliger Polizeidienst mit unprofessionellen Helfern bezahlt von den Kommunen soll die Sicherheit der Bürger gewährleisten.

Ein reiner Placeboeffekt, der zudem ein Ehrenamt erster und zweiter Klasse schafft.

Den Helfern im freiwilligen Polizeidienst werden für Streifengänge in Parks und Innenstädten 7 Euro pro Stunde gezahlt. Ehrenamtliche Helfer die Feuerwehren, Rettungsdiensten und anderen Hilfsorganisationen teils unter Einsatz ihres Lebens zur Verfügung stehen, erhalten nur eine geringfügige Aufwandsentschädigung für ihre Umkosten wie beispielsweise Benzin.

Die Forderung Kochs nach dem Einsatz der Bundeswehr im Inneren soll zusätzlich seine skandalöse Sicherheitspolitik verschleiern.

Im Grundgesetz wurde aufgrund der historischen Erfahrungen in Deutschland eine strikte Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben festgeschrieben. Diese Trennung sichert das Kräftegleichgewicht in einer Demokratie.

Die Möglichkeit eines Einsatzes der Bundeswehr im Inland wird hierdurch stark eingegrenzt. Der Hilfeinsatz bei Naturkatastrophen und Unglücksfällen wird an gänzlich anderer Stelle geregelt.

Diese aus den historischen Erfahrungen der Verfasser des Grundgesetzes und der Geschichte Deutschlands resultierende restriktive Festlegung darf nicht leichtfertig

aufgegeben werden um Versäumnisse in der Finanz- und Sicherheitspolitik im eigenen Bundesland zu verschleiern

Angesichts der vorliegenden Kriminalstatistiken und der angespannten internationalen Sicherheitslage nach den Anschlägen von Madrid, die in Hessen auf Grund der internationalen Drehkreuzes Flughafen Frankfurt besonders zu berücksichtigen ist, werden Ministerpräsident Koch und sein Innenminister Bouffier so zum größten Sicherheitsrisiko Hessens.

**Im Main-Taunus-Kreis sollen vermutlich einige Polizeidienststellen gestrichen oder zusammengelegt werden. Ich habe eine Anfrage an den Hessischen Landtag gestellt um gesicherte Informationen darüber zu erhalten. Ich werde mich nachdrücklich für den Erhalt der Polizeidienststellen im Main-Taunus-Kreis einsetzen.**

## **Umweltpolitik hat in Hessen nur noch Alibifunktion**

Statt wirksam einen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Grundlagen zu leisten, wird ein völlig wirkungsloser Vertragsnaturschutz betrieben. Statt einer modernen Naturschutzkonzeption in der Fläche werden Ausgleichsmittel zweckentfremdet.

Auch wirtschaftlich ein Schaden: Umwelttechnologie-Unternehmen beschäftigen inzwischen mehr Menschen als die Automobilindustrie. Mittelstreichungen und fehlende Impulse statt Förderung nachhaltiger, innovativer Energie- und Umwelttechnologien sind auf Dauer ein Schaden für die Wettbewerbsfähigkeit der hessischen Wirtschaft.

Statt einen unabhängigen Verbraucherschutz zu erhalten, wird mit dem "Verbraucher(schau)fenster" im Internet Alibipolitik und zum Teil sogar CDU-Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Die hessische Verbraucherschutzzentrale und in besonderem Maße auch die Schuldnerberatung werden dagegen durch die Kürzungen im Rahmen der "Operation sichere Zukunft" zunehmend kaputtgespart.

## **Liegt Hessen eigentlich in Europa?**

Hessen hat zwar einen zusätzlichen Minister für Europapolitik bekommen, aber das scheint auch schon die ganze Europapolitik zu sein. Bezeichnend für die sträfliche Vernachlässigung dieses wichtigen Handlungsfeldes durch die Landesregierung ist das häufige Fernbleiben von Staatsminister Riebel.

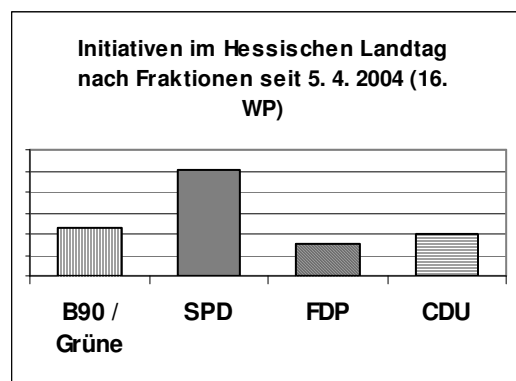
Statt die Chancen aus der EU-Osterweiterung aktiv zu nutzen, bremst die Landesregierung beim europäischen Erweiterungsprozess. Nicht ohne Risiko: dann fährt der Zug ohne uns. Eine engagierte Vertretung hessischer Interessen findet nicht statt.

**Das macht die SPD Fraktion**

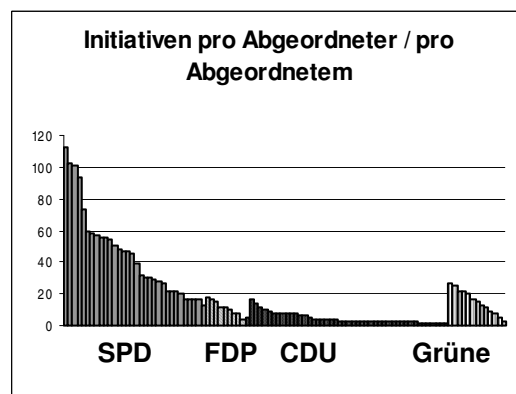
## Landtagsfraktion

Die Situation der sozialdemokratischen Opposition im Hessischen Landtag ist durch die letzte Landtagswahl nicht leichter geworden. Der Verlust von 13 Abgeordnetenmandaten bedeutet deutlich weniger Personen, sowohl bei den Abgeordneten, als auch bei den Mitarbeitern. Er bedeutet auch einen erheblichen finanziellen Verlust für die Fraktionsmittel wie für die Finanzen der Partei. Auch gibt es dadurch 3 Oppositionsfraktionen im Hess. Landtag, was die Sache nicht leichter macht.

Trotz dieser Widrigkeiten ist es uns binnen recht kurzer Zeit gelungen, eine offensive Oppositionsarbeit aufzunehmen. Zwar ist es schwierig, die Arbeit einer Oppositionsfraktion in einem Landtag in Zahlen zu messen, denn solche Zahlen können nur sehr eingeschränkt Auskunft geben. Aber zumindest ist es uns auch nicht peinlich, wenn man sieht, dass die SPD Fraktion im Hessischen Landtag mit großem Abstand die aktivste und produktivste Fraktion ist.



Denn sowohl die Zahl der Parlamentarischen Initiativen der Fraktion als auch die einzelner Abgeordneter liegt mit großem Abstand vor den anderen Fraktionen. Während FDP und Grüne sich auf wenige Klientelbereiche zurückziehen und die CDU-Fraktion Regierungsvorlagen konsumiert, ist die SPD-Fraktion in vielen Bereichen politisch initiativ und bringt damit Diskussionen erst in Gang.



Auch für unsere Pressearbeit müssen wir uns nicht verstecken: auch hier ist die SPD-Fraktion mit Abstand am aktivsten.

Das soll alles nicht darüber hinwegtäuschen, dass Landesopposition nun einmal sehr wenig in den Medien stattfindet. Viel wichtiger ist es – und in der Landespolitik auch viel leichter möglich – Öffentlichkeitsarbeit vor allem über Multiplikatoren in allen landespolitisch relevanten Bereichen zu betreiben. Vor allen die Kontakte und Gespräche mit Verbänden, Einrichtungen und Initiativen sind es, über die langsamer, aber auch sehr viel dauerhafter als über die Medien sich die Überzeugungskraft sozialdemokratischer Positionen mitteilt.

## Was mache ich als Abgeordnete?

Mein Hauptaufgabenfeld ist die Rechtspolitik.

Ich bin Mitglied im Rechtsausschuss und Sprecherin des Unterausschusses Justizvollzug.

Als Mitglied der Enquetekommission zur hessischen Verfassung arbeite ich an der Neufassung der hessischen Verfassung mit.

Im Petitionsausschuss erfahre ich tagtäglich in welcher aussichtsloser Lage sich viele Menschen in unserem Lande befinden. Meine Ausbildung als Rechtsanwältin hilft mir dabei, mich best möglich einzusetzen, wo Hilfe erforderlich ist.

Im Untersuchungsausschuss zur Bankenaffäre werde ich aufdecken, dass die Hessische Landesregierung die Strafverfolgung von Steuerhinterziehern, die ihr Geld ins Ausland transferiert haben, verhindert hat.

Ich habe mich im ersten Jahr meiner Abgeordnetentätigkeit unter anderem eingesetzt für:

- den Erhalt der sozialen Einrichtungen im Main-Taunus-Kreis
- Einrichtung von Ganztagschulen im Main-Taunus-Kreis
- gegen die Streichungen im Lehrmittelbudget für die Schulen
- die Verteilung der Bundesmittel aus dem Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" auf den Main-Taunus-Kreis
- den Erhalt der Amtsgerichte und anderer staatlicher Ämter wie beispielsweise im Main-Taunus-Kreis das Forstamt und das Amt für Lebensmittelüberwachung, Tierschutz und Veterinärwesen
- eine bessere ärztliche Versorgung in den hessischen Justizvollzugsanstalten
- gegen den massiven Stellenabbau bei den Justiz- und Polizeibehörden
- gegen eine Gefährdung der Sicherheit im Justizvollzug in Hessen durch massive Stellenstreichungen
- für den Erhalt aller Polizeidienststellen im Main-Taunus-Kreis
- für eine Reform in der Juristenausbildung
- gegen den CDU Gesetzentwurf zum Kopftuchverbot
- für eine Regionalreform im Rhein-Main-Gebiet
- für den Ausbau der A66
- gegen den Ausbau des Flughafens Frankfurt außerhalb des Zaunes
- gegen die Schliessung der Zentralen Ausländerbehörde im Main-Taunus-Kreis
- für den Erhalt der Hessischen Erstaufnahme Einrichtung für Asylanten in Schwalbach
- Einrichtung einer Härtefallkommission, die in Ausnahmefällen Aufenthaltsgenehmigungen an Ausländer erteilen kann

Am 23.05.04 werde ich als Mitglied der Bundesversammlung in Berlin bei der Wahl zum BundespräsidentInnen Amt, meine Stimme Dr. Gesine Schwan geben.

Ich bin zutiefst beeindruckt von Gesine Schwan. Sie ist eine Frau mit überzeugendem Wissen, großartiger persönlicher Ausstrahlung und sehr viel Menschlichkeit

Ich bin dabei alle Justizvollzugsanstalten in Hessen zu besuchen um mich vor Ort, in Gesprächen mit Justizvollzugsangestellten und Häftlingen, über die Probleme in den JVs zu informieren.

Junge Menschen für Politik zu interessieren halte ich für eine vorrangige Aufgabe aller Politiker.

Mein „Schulkonzept“ welches einen Besuch von Schülern im Landtag und einen Gegenbesuch von mir in den Schulen beinhaltet, wird von den Schulen des Main-Taunus-Kreises begeistert angenommen.

Bis zum Schuljahresende im Sommer werden rund 300 Schüler den Landtag besucht und anschließend mit mir politisch diskutiert haben.

Der Kontakt zu den Menschen in meinem Wahlkreis ist mir wichtig. Politik soll nicht länger etwas Abstraktes sein, das in Wiesbaden stattfindet. Ich möchte gerne ein Bindeglied zwischen dem Landtag und den Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises sein. Ich lade daher einmal monatlich alle Interessierten Bürgerinnen und Bürger ganz herzlich zu einem persönlichen Gespräch im Rahmen einer Bürgersprechstunde ein.

Ich unterstütze die Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften der SPD Main-Taunus aktiv bei ihren Veranstaltungen und Aktionen. Besonders am Herzen liegen mir dabei die JUSOs und aktive Frauen in der SPD. So konnte ich unter anderem am Frauenfrühstück in Schwalbach und Flörsheim und den Frauentag in Hofheim teilnehmen.

Mein Wahlkreisbüro steht den SPD Gliederungen im Main-Taunus-Kreis zur Abfrage von Informationen und zur Unterstützung bei Veranstaltungen zur Verfügung.

Über meine Internetseite [www-nancy-faeser.de](http://www-nancy-faeser.de) können jederzeit aktuelle Informationen abgerufen werden.

Mit einem monatlichen Newsletter informiere ich die Genossinnen und Genossen im Kreis über Neues aus der Landespolitik.

Als SPD Landtagsfraktion ist es uns gut gelungen, die mangelhafte Kompetenz des neuen hessischen Wirtschaftsministers frühzeitig öffentlich zu machen. Es war die SPD-Opposition, die deutlich machte, dass Riehl in der Frage Frankfurter Flughafen mit voreiligen öffentlichen Bewertungen die Rechtsicherheit des gesamten Verfahrens hochgradig gefährdet hat.

Dass Hessen wirtschaftlich insgesamt auf dem Weg nach unten ist, haben wir oben deutlich dargestellt. Das ist vor allem die Folge verfehlter Landespolitik. Dass diese Erkenntnis insbesondere im Wirtschaftsraum Rhein-Main breit um sich greift, ist vor allen Dingen den Initiativen der SPD-Landtagsfraktion zu verdanken.

Auch in der wichtigen Frage der Nanotechnologie, also eines der wichtigsten Zukunftsbereiche für die wirtschaftliche Entwicklung, ist es uns gelungen, die Pläne der Landesregierung, diese ausschließlich in Kassel zu intensivieren, zu durchkreuzen.

## **Das Landesthema Schule / Bildungsagenda**

Im Bereich der Bildungspolitik ist die Hessische SPD seit Jahren ganz vorne. Es war die Hessen SPD, die vor 4 Jahren als erste das Thema Ganztagschulen aufgebracht hat. Und wir konnten eine breite gesellschaftliche Basis in der Frage Ganztagschule hinter uns vereinigen: Nicht nur Gewerkschaften, Lehrer- und Elternverbände, sondern insbesondere auch Wirtschafts- und Handwerksverbände haben sich inzwischen hinter uns versammelt und kämpfen gemeinsam mit uns für die Einrichtung von Ganztagschulen.

Aber wir bleiben nicht stehen. Nachdem neuere Untersuchungen gezeigt haben, dass die Einstufung von Kindern nach der 4. Klasse in der Hälfte der Fälle falsch ist, hat die Hessische SPD-Fraktion auch das Thema der unsinnig frühen Trennung der Kinder in verschiedene Schulformen erneut aufgegriffen.

Deshalb haben wir ein Konzept entwickelt, mit dem wir gemeinsam mit allen gesellschaftlichen Gruppen und der breiten Basis, die uns auch im Bereich Ganztagschule gefolgt ist, Wege zu einer Schulorganisation entwickeln werden, die einen gemeinsamen Unterricht bis zur 10. Klasse für alle Kinder ermöglichen soll.

Die Bildungspolitik der CDU Landesregierung ist ein deutlicher Rückschritt. Wir brauchen eine moderne Bildungspolitik die unsere Kinder bestmöglich fördert, allen Kindern die gleichen Chancen bietet und dem internationalen Vergleich Stand hält. Die von der SPD Landtagsfraktion erarbeitete Bildungsagenda hebt sich deutlich vom Bildungskonzept der CDU ab.

Der erste Schritt und somit die Grundlage der Bildungsagenda ist die Forderung nach einer verbesserten Betreuung im Vorschulalter.

Wir brauchen eine bedarfsorientierte Betreuung auch für Kinder unter drei Jahren. Durch ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr wäre frühe Förderung von Kindern aller sozialen Schichten möglich. Der immer lauter werdenden Forderung von Seiten der Erzieherinnen und Erzieher nach einer verbesserten Ausbildung sollte unbedingt Rechnung getragen werden.

Der zweite Schritt ist die flächendeckende Einführung einer Schuleingangsstufe in der Grundschule. Hier soll das 1. und 2. Schuljahr eine pädagogische Einheit bilden und je nach Fähigkeit in ein bis drei Jahren durchlaufen werden. Dadurch wird die individuelle Förderung verbessert, Defizite ausgeglichen und Chancengleichheit gewährleistet.

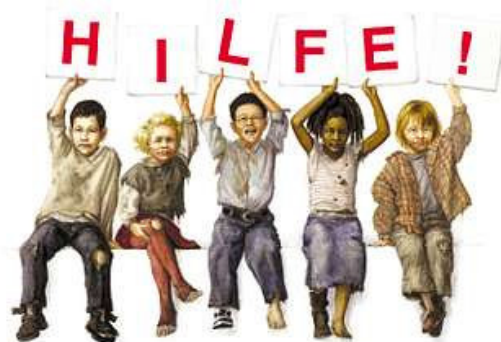
Eine gründliche Reform der Sekundarstufe II ist ein weiterer Schritt der SPD Bildungsreform. Das strikte dreigliedrige Schulsystem – das die CDU gerade wieder forciert – ist von vorgestern. Die PISA-Studie hat die Überlegenheit der Schulsysteme bewiesen, die auf längeres gemeinsames Lernen in heterogenen Lerngruppen setzen. Die frühe Selektion, das Allheilmittel der CDU, ist bildungsfeindlich. Die SPD werde deshalb in der Diskussion mit Eltern, Schulen, Wirtschaft und Fachwelt ein Konzept erarbeiten, das gemeinsamen Unterricht aller Kinder bis zur Klasse 10 ermögliche. Deutschlands Wirtschaft braucht möglichst viele möglichst gut ausgebildete Kinder.

Ein weiterer Baustein der SPD-Bildungsagenda ist die Einrichtung von Ganztagschulen die geeignet sind Defizite auszugleichen. Die Hessische Landesregierung behandelt dieses Thema noch immer sehr stiefmütterlich. Alleine im Main-Taunus-Kreis, haben bisher insgesamt drei Schulen Interesse an der Einrichtung von Ganztagsangeboten beim staatlichen Schulamt gemeldet. Die Anträge wurden im November 2002 dem Kultusministerium vorgelegt. Eine Entscheidung ist dort auch nach 1 ½ Jahren nicht gefällt worden. Wertvolle Bundesmittel die längst den Schülern zugute kommen könnten, werden so blockiert.“ ärgert

Abgerundet wird die SPD Bildungsagenda von den Forderungen den Hochschulen mehr Autonomie zu zugestehen, die Hochschulgebühren zurückzunehmen und die dramatische Unterfinanzierung der hessischen Hochschulen zu korrigieren. Investitionen in die Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Die Problematik von Schulversagen nimmt zu. Bis zu 14 Prozent der Kinder bleiben ohne Schulabschluss und somit ohne eine Chance auf Berufsausbildung und Arbeit. Der Weg in die Sozialhilfe ist so vorgezeichnet. Wir müssen dringend etwas tun. Die Lösung dafür ist nicht Kapitulation in Form von Querversetzung und „Abschiebung“ in andere Schulformen durch eine rückschrittliche und halbherzige Schulreform, sondern die individuelle Förderung durch eine umfassende gut durchdachte Bildungsreform.

**Hessen ganz hinten – Operation düstere Zukunft**

Eines der finstersten Kapitel des letzten Jahres war die „Operation düstere Zukunft“, Roland Koch’s Streichorgie. Hier gehörte die Landtagsfraktion in die erste Reihe all der zahlreichen Menschen, die gegen den sozialen Kahlschlag in Hessen protestiert haben.



Koch regiert...

**hessen** «  
Hier war die Zukunft



Die Landtagsfraktion hat mit zahlreichen Aktionen Öffentlichkeitsarbeit betrieben. So haben wir zahlreiche Materialien wie Postkarten und Plakate entwickelt, Presse, Öffentlichkeit und Betroffene mit Informationen und Materialien unterstützt sowie die Aktionen der Studierenden gegen Studiengebühren gefördert.

Dabei haben wir, nicht zuletzt aus strategischen Gründen, neben eigener öffentlicher Kritik vor allem all die Betroffenen, die Schuldnerberatungsstellen, die Diakonie, die Sucht- und Drogenberatungsstellen, die Frauenhäuser, die Erziehungsberatungsstellen usw. in ihrem Protest beraten und unterstützt. Nur so bestand die größte Chance, an der einen oder anderen Stelle gemeinsam zu retten, was zu retten ist.

Abgeordnetentätigkeit findet nicht nur in Wiesbaden statt. Ich habe deshalb keine Gelegenheit ausgelassen, um hier im Main-Taunus-Kreis mit betroffenen Einrichtungen und Verbänden wie beispielsweise der Selbsthilfe im Taunus zu sprechen.

Gerade diese Arbeit im Wahlkreis liegt mir besonders am Herzen: Denn nur durch den Kontakt mit den betroffenen Menschen vor Ort und nur aufgrund ihrer Schilderungen kann man wirklich ermessen, welche unerträglichen Folgen die katastrophalen Fehlentscheidungen der Hessischen Landesregierung nach sich ziehen.

### **Protest gegen die Mobbing-Zentrale**

Besonders haben wir in den letzten Wochen den Kontakt zu Landesbehörden und ihren Mitarbeitern gesucht, die durch die Mobbingzentrale „Personalvermittlungsstelle“ den Stempel Dich-brauchen-wir-nicht aufgedrückt bekommen. Gemeinsam arbeiten wir daran, wie man trotz der sehr begrenzten Möglichkeiten der Opposition die Situation für die Betroffenen möglichst wenig schädlich gestaltet.

**Auch in Zukunft halten wir es für unsere vorrangige Aufgabe, daran mitzuarbeiten, dass**

- **das handwerkliche Unvermögen, die soziale Ungerechtigkeit und die gesellschaftliche Unsinnigkeit der Politik von Roland Koch breit kommuniziert werden,**
- **wir gemeinsam mit Betroffenen, Fachleuten und Verbänden die politischen Konzepte entwickeln, die Hessen braucht, und sie auch mit und über diese kommuniziert**

**Damit die SPD 2008 wieder die bestimmende Kraft in der hessischen Politik wird**

**Hessen hat mehr verdient als Roland Koch !**

## **Nancy Faeser:**

\* 1970

Rechtsanwältin  
Schwerpunkt Öffentliches Recht,  
insbesondere Umwelt- und Kommunalrecht



### **Arbeitsschwerpunkte:**

Rechtspolitik, Justizvollzug, Petitionen, Hessische Verfassung

### **Aufgaben in der Landtagsfraktion:**

- Mitglied im Rechtsausschuss
- Sprecherin der SPD Fraktion im Unterausschuss Justizvollzug
- Mitglied des Petitionsausschusses
- Mitglied in der Enquetekommission zur Hessischen Verfassung
- Mitglied im Untersuchungsausschuss zur Bankenaffäre

### **Kreistagsabgeordnete im Main-Taunus-Kreis**

- Mitglied des Aufsichtsrates der Main-Taunus-Kliniken

### **In der Partei:**

- Ortsvereinsvorsitzende Schwalbach
- stellvertretende Unterbezirkvorsitzende
- Mitglied des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen des Main-Taunus-Kreises
- Mitglied des Bezirksvorstandes Hessen-Süd
- Mitglied des Bezirksvorstand der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen
- Mitglied der Landesarbeitsgruppe Flughafen

### **Mitarbeit in**

Rhein-Main-Runde  
Netzwerk Hessen

### **Kontakt:**

SPD Wahlkreisbüro Nancy Faeser, MdL  
Im Lorsbachtal 2  
65719 Hofheim  
Tel: 06192-9519980  
Fax: 06192-24663  
Email: [mail@nancy-faeser.de](mailto:mail@nancy-faeser.de)  
[www.nancy-faeser.de](http://www.nancy-faeser.de)